



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Der Friedensvertrag mit Oestreich.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Der Friedensvertrag mit Oestreich.

Die wichtige Urkunde, welche die Grundlage einer politischen Neubildung von Deutschland und Italien werden soll, liegt in gedruckter Copie dem Leser vor. Die Presse hat jetzt ein Interesse, den Wortlaut zu constatiren. Derselbe ist in mehren Punkten günstiger für Preußen, als die Presse der Gegner zugab.

Die „internationale unabhängige Existenz“ eines Vereins der Südstaaten darf keine Sorge machen. Vorläufig ist nicht abzusehen, wie überhaupt ein Verein der Südstaaten zu Stande kommen soll, die Zustände in Bayern, welche der Krieg auffällig gemacht hat, sind von der Art, daß eine bayerische Hegemonie unmöglich geworden ist; Politik, Heerwesen und Administration haben sich in Bayern und Würtemberg so ungenügend erwiesen, und die Aussicht, daß dieses Ungenügende durch eigene Kraft jener Staaten gebessert werden könne, ist so gering, daß man ruhig die definitive Regelung der Beziehungen zwischen den Südstaaten und dem Bundesstaat einer günstigen Coniunctur überlassen kann, sobald der Bundesstaat erst in sich befestigt ist.

Die eventuelle Abstimmung im nördlichen Schleswig soll nach Districten vor sich gehen, es liegt jedenfalls in der Hand Preußens, diese Districte zu bestimmen und abzugrenzen, auch nach dieser Richtung ist wenigstens keine wesentliche Einbuße des Gewonnenen zu befürchten. Preußen hat das Recht, darauf zu bestehen, daß die Bewohner des nördlichen Schleswigs erst in Wahrheit preußisch werden. Wenn sie wählen sollen zwischen Preußen und Dänemark, müssen sie doch vorher in der Lage sein, die Vortheile und Nachtheile ihrer Verbindung hier oder dort gegen einander abzuwägen. Grade diese Districte sind durch die mehrjährige Unsicherheit ihrer politischen Existenz auch materiell sehr geschädigt worden, deutsches Capital ist ihnen nicht zugeflossen, dänisches hat sich herausgezogen. Es wäre nicht unbillig, ihnen einen mehrjährigen Steuererlaß zu bewilligen.

Gegenüber der schwierigsten aller Fragen, den Verhandlungen mit Sachsen, erweist sich der Wortlaut des Friedensvertrages, welcher früher durch preußische

Zeitungen mitgetheilt wurde, als der richtige, nur der Territorialbestand des Königreichs Sachsen ist von Preußen zugestanden, nicht, wie die süddeutsche Presse meldete, seine Integrität, wozu auch die Souveränitätsrechte der Krone gehören würden. Es ist für die Sachsen an der Zeit, sich dieses Unterschiedes bemußt zu werden.

Uebersehen wir die Fortschritte der letzten Wochen, so dürfen wir allerdings sagen, daß diesmal die Feder nicht weniger gethan hat als das Schwert. Es ist kein Geheimniß, daß Preußen in den Krieg zog als in einen Kampf um seine Existenz, aber keineswegs sicher über die Forderungen, welche es im Falle einer glücklichen Kriegführung geltend zu machen habe. Allerdings der Verfassungsentwurf des Bundesstaates vom 10. Juni war veröffentlicht, der Ausschluß Oestreichs aus diesem Bundesstaat und die Hegemonie Preußens bis zum Main waren gegebene Zielpunkte. Aber erst aus den Erfolgen entwickelten sich die weiteren Forderungen, die elastische und schnell combinirende Kraft des preussischen Ministerpräsidenten hatte bei Aufstellung derselben wahrscheinlich eine Menge Hindernisse zu überwinden, welche sich der öffentlichen Beurtheilung entziehen. Der König selbst hat ausgesprochen, wie schwer es ihm geworden ist, sich mit dem Gedanken an eine Beseitigung der deposedirten Fürsten zu befreunden. Und es waren sicher nicht die Auffassungen seines Herrn allein, welche der muthigen Politik des Grafen Bismarck Schwierigkeiten machten. Er selbst hatte sich in völlig neuen Situationen zurecht zu finden, ihm hatte vor dem Kriege die Rücksicht auf Frankreich in erster Linie gestanden und er hatte wohl bei jeder Verstärkung Preußens eine cavoursche Nachgiebigkeit gegen Frankreich für unvermeidlich gehalten. Jetzt wurde ihm das Glück, daß die Energie der preussischen Siege über diesen Standpunkt erhob. Wenn auch er sich nach der Schlacht bei Königgrätz nicht sogleich von den alten Vorstellungen, die ihn durch Jahre beherrscht hatten, befreite, so haben wir kein Recht mehr, ihm daraus einen Vorwurf zu machen. Denn er hat seitdem schnell und vollständig die Gunst der Situation zu benutzen gewußt und ungeheure Schwierigkeiten, welche auch das Publikum zu ahnen vermag, mit einer vortrefflichen Mischung von Festigkeit und Nachgiebigkeit überwunden. Das oft gesagte Wort gilt von ihm in ausgezeichnete Weise: Er ist größer geworden mit seinen Zielen. Und wir erfüllen nur eine Pflicht des Patriotismus und loyaler Kampfweise, wenn wir einem früheren Gegner die warme und herzliche Anerkennung zollen, welche der Mann verdient, dem vergönnt war, so viel für Preußen und Deutschland zu thun.